



Open Access Repository

www.ssoar.info

Auftakt zu einer strategischen Partnerschaft?: der erste Europäisch-Lateinamerikanische Gipfel in Rio de Janeiro

Bodemer, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bodemer, K. (1999). *Auftakt zu einer strategischen Partnerschaft?: der erste Europäisch-Lateinamerikanische Gipfel in Rio de Janeiro*. (Brennpunkt Lateinamerika, 14). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444357>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 14

30. Juli 1999

ISSN 1437-6091

Auftakt zu einer strategischen Partnerschaft? Der erste Europäisch-Lateinamerikanische Gipfel in Rio de Janeiro

Klaus Bodemer

Am 28. und 29. Juni trafen in Rio de Janeiro unter der deutschen EU-Präsidentschaft die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft mit ihren Amtskollegen aus Lateinamerika und der Karibik zum ersten Europäisch-Lateinamerikanischen Gipfel zusammen. Das Treffen war eine Reaktion auf die beiden panamerikanischen Gipfel (Miami 1994 und Santiago de Chile 1998), die den Grundstein für eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland legen sollten. Hat der Gipfel die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt und einen qualitativen Fortschritt in Richtung einer strategischen Partnerschaft gebracht? War er ein „Ereignis von historischem Rang“? oder – im Gegenteil – ein „Gipfel der Heuchelei“? Ein realistisches Urteil bewegt sich zwangsläufig zwischen diesen beiden Extrempositionen.

Gemeinsame Ziele, unterschiedliche Interessen und Handlungsprioritäten

Die Idee zu einem biregionalen Gipfel kam aus Europa. Sie wurde zum ersten Mal vom spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar auf dem 6. Iberoamerikanischen Gipfel in Santiago de Chile und Vina del Mar (November 1996) ins Spiel gebracht. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac griff den Vorschlag während seiner Lateinamerikareise im März 1997 auf. Das biregionale Treffen – so der Vorschlag Chiracs – sollte zwei Tage dauern, wobei der erste Tag für die Beziehungen der EU zum Mercosur vorzusehen sei, der zweite das gesamte biregionale Beziehungsgeflecht zum Gegenstand haben sollte. Die ursprünglich stark anti-amerikanische Akzentsetzung Chiracs wurde auf Intervention Aznars aufgegeben, desgleichen die ursprüngliche Fixierung

auf den Mercosur. Dem stand nicht zuletzt das spanische Engagement in Zentralamerika und der Andenregion entgegen.

Die Staatschefs der Region, insbesondere die der Mercosurstaaten, reagierten spontan und mehrheitlich ausgesprochen positiv auf die Initiative der beiden europäischen Kollegen, und dies, obwohl keineswegs klar war, was der Gipfel konkret erreichen sollte. Der brasilianische Präsident Fernando Enrique Cardoso bot Rio de Janeiro als Veranstaltungsort an. Er selbst sollte die Arbeiten einer Vorbereitungscommission zu organisatorischen und strukturellen Fragen des Gipfels koordinieren, der mexikanische Präsident Zedillo die einer Programmkommission. Beides führte zu einer gewissen Verärgerung bei der Rio-Gruppe, die sich als der eigentliche Ansprechpartner fühlte.

Ein Jahr nach der Lancierung der Initiative wurde der Plan auf dem 7. Ministertreffen zwi-

schen der EU und der Rio-Gruppe in Noordwijk/Holland (7. und 8. April 1997) gutgeheißen. Der Amsterdamer Gipfel faßte im Juni desselben Jahres den Beschluß, den Gipfel „noch vor dem Jahr 2000“ abzuhalten. Ein spanisch-französisches Papier gab einen ersten Anstoß zur Diskussion über die Inhalte des Gipfels. Auf dem 11. Treffen der Rio-Gruppe am 25. und 26. August 1997 wurde schließlich mit dem 28. und 29. Juni 1999 das genaue Datum festgelegt.

Unter britischer Päsidentschaft trat im Juni 1998 erstmals die Troika der EU mit dem Lenkungsausschuß („*Comité Directivo*“) der Staaten Lateinamerikas und der Karibik in Rio de Janeiro zusammen.

Verfahrensweisen und Modalitäten der Gipfelvorbereitung waren auf beiden Seiten keineswegs identisch. Vergleichbares gilt für die an den Gipfel geknüpften Erwartungen. Auf lateinamerikanischer Seite wurde im Rahmen inhaltlich strukturierter Arbeitsgruppen zu den Kooperationsfeldern Politik, Wirtschaft und Kultur diskutiert. Die EU-Kommission arbeitete demgegenüber in den Monaten vor dem Gipfel an einer Fortschreibung ihrer 1995 verabschiedeten „Leitlinien für die Beziehungen zu Lateinamerika bis zum Jahre 2000“, die die Jahre 2000 bis 2005 umfassen und rechtzeitig zum Gipfel vorliegen sollten.

Es entsprach der Logik eines biregionalen Gipfels, daß beide Seiten sich im Vorfeld auf einheitliche Positionen zu verständigen hatten. Aus diesem Gebot entstand ein erheblicher Konzertierungsdruck, der den Teilnehmerstaaten – wie sich zeigte – einiges an Lernbereitschaft abverlangte.

Ursprünglich war daran gedacht, zur Erhöhung der Arbeitsfähigkeit auf dem Gipfel die Zahl der Teilnehmer zu beschränken. Um diplomatische Verwicklungen zu vermeiden, verständigte man sich jedoch schließlich darauf, alle 15 EU-Staats- und Regierungschefs sowie ihre lateinamerikanischen und karibischen Amtskollegen einzuladen. Der Grund: Keiner wollte die Verantwortung für eine selektive Einladung übernehmen. Der Preis für eine derart umfassende Präsenz war freilich – dies hatten auch die beiden panamerikanischen Gipfel gezeigt –, daß ein Verhandlungsgipfel (nach dem Vorbild der G7- bzw G8-Treffen) realistischerweise nicht zu erwarten war.

In einer Gemeinsamen Erklärung vom 22. September 1998 verständigten sich beide Seiten schließlich auf ein breites Themenspektrum, das in den vorgesehenen Abschlußdokumenten – einer

Politischen Erklärung und einem Aktionsplan – in handlungsleitenden Absichtserklärungen konkretisiert werden sollte. Zu jedem der drei Schwerpunktbereiche – Politik, Wirtschaft und Kultur – sollten am zweiten Tag des Gipfels Panels stattfinden, in die sich die einzelnen Staats- und Regierungschefs jeweils einschreiben konnten und die von den drei Schirmherren des Treffens – Bundeskanzler Schröder als EU-Ratsvorsitzendem, Präsident Cardoso als Gastgeber und Präsident Zedillo als turnusmäßigem Vorsitzenden der Rio-Gruppe – moderiert werden sollten.

Ungeachtet des weitgehenden Konsenses in der Zielbestimmung und der aktuellen Lagebeschreibung waren die Interessenlagen, Handlungsprioritäten und Erwartungen an das Treffen auf beiden Seiten jedoch keineswegs identisch.

Auf **europäischer Seite** wirkte folgende Situationsdeutung verhaltensbestimmend:

- (1) Europa und Lateinamerika bilden eine Werte- und Interessengemeinschaft. Zwischen beiden Regionen gibt es in einer Vielzahl politischer Grundfragen Übereinstimmungen, die weit über die Gemeinsamkeiten Europas mit anderen Weltregionen hinausgehen. Beide Subregionen sind seit Jahrzehnten durch enge partnerschaftliche Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet miteinander verbunden. Die EU hat großes Interesse an der Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Reformen in Lateinamerika, die auf die Stärkung von Demokratie und Marktwirtschaft ausgerichtet sind. Es gilt deshalb, diese Wertegemeinschaft zu pflegen und weiterzuentwickeln.
- (2) Auch wirtschaftlich sieht sich Europa mit Lateinamerika und der Karibik durch ein dichtes Beziehungsgeflecht verbunden. Die EU ist der zweitwichtigste Handelspartner und Investor Lateinamerikas, bedeutendster entwicklungspolitischer Partner der Region und wichtigster Wirtschaftspartner des Mercosur. Neue Formen der Zusammenarbeit wurden durch eine 4. Generation von Kooperationsrahmenabkommen begründet, deren Ausdehnung und Diversifizierung eine noch engere und thematisch umfassendere Zusammenarbeit ermöglichen.
- (3) Die Kooperationsvereinbarungen der Union mit dem Mercosur (1995), Chile und Mexiko (1997) eröffnen die Möglichkeit der Schaffung von Freihandelszonen. Eine vergleichbare Ausrichtung zeichnet sich für das neue Lomé-Abkommen ab.

- (4) Insgesamt hält die EU die Chancen für eine strategische Partnerschaft zur Gestaltung der Weltwirtschaft und -gesellschaft unter den neuen internationalen Rahmenbedingungen für gut. Gleichzeitig warnt sie jedoch ihre lateinamerikanischen Partner vor Mißverständnissen: So sei der Rio-Gipfel nicht als Konkurrenzveranstaltung zu den beiden panamerikanischen Gipfeln zu begreifen, vielmehr als vor allem politisch akzentuierter Versuch, den bestehenden Verhandlungsprozessen neue Impulse zu geben. Es liege nicht in der Absicht des Treffens, die bestehenden und weitgehend bewährten subregionalen Abkommen zu ersetzen, sie seien vielmehr zu bündeln und zu stärken. Die Verhandlungen der EU mit dem Mercosur, Mexiko und Chile über Handelsliberalisierung sollten nicht substituiert werden, wohl aber durch den Gipfel einen politischen Impuls erfahren. Schon gar nicht sollten diese Bemühungen die weitgehend parallel verlaufenden Liberalisierungsrunden im Rahmen des ALCA-Prozesses und der am 30. November dieses Jahres beginnenden neuen Welthandelsrunde im Rahmen der WTO ersetzen.

Auf **lateinamerikanischer Seite** werden diese Situations- und Handlungsparameter zwar im wesentlichen geteilt, aufgrund der jeweiligen innenpolitischen Erfordernisse, den konkreten Kooperationserfahrungen mit der EU und der Positionierung im internationalen System jedoch teilweise andere Akzente und Prioritäten gesetzt. So wird trotz erheblicher Fortschritte im politischen Demokratisierungs- und wirtschaftlichen Reformprozeß die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und von den Schwankungen des Weltmarkts noch immer als große Belastung empfunden. Die nach wie vor hohe Auslandsverschuldung, die Abhängigkeit von wenigen, den Preisfluktuationen des Weltmarkts ausgelieferten Exportprodukten, die fehlende (systemische) Wettbewerbsfähigkeit sowie die Herausforderungen der technologischen und wirtschaftlichen Globalisierung werden als Elemente einer erhöhten Dependenzverwundbarkeit interpretiert, die den eigenen Handlungsspielraum empfindlich einengen und dafür verantwortlich sind, daß die Beziehungen zu den entwickelten Weltregionen einen hohen Grad von Asymmetrie aufweisen.

Vor dem geschilderten Hintergrund wird verständlich, daß die lateinamerikanische Seite auf jegliche Art von Diskriminierung äußerst sensibel reagiert. Dies gilt verstärkt für die europäisch-lateinamerikanischen Handelsbeziehungen, ein

Bereich, in dem die Diskrepanz zwischen Freihandelsrhetorik auf seiten der EU und ihren protektionistischen Praktiken besonders auffällig ist und die Entwicklung im Laufe der 90er Jahre eindeutig zu Lasten Lateinamerikas ging. Ein Blick auf die jüngste Entwicklung der biregionalen Wirtschaftsbeziehungen (Handel und Direktinvestitionen) liefert so auch anschauliches Material für die unterschiedlichen Interessenlagen und Handlungsprioritäten beider Seiten sowie ihre Erwartungen an das Gipfeltreffen.

Zwischen 1990 und 1997 wuchs der bilaterale Handel insgesamt um 68%. Nutzen aus diesem Wachstum zog jedoch vor allem die EU. Die einseitige Außenöffnung der lateinamerikanischen Ökonomien hatte dort zu einem Importboom geführt, der den Außenhandelsüberschuß von rund 12 Milliarden US Dollar Ende der 80er Jahre 1998 in ein Defizit von 17 Milliarden US Dollar verkehrte. Auch der lateinamerikanische Handel mit dem Rest der Welt entwickelte sich von einem Plus von 25,7 Milliarden US Dollar (1990) in ein Minus von 50 Milliarden US Dollar 1998. Noch dramatischer stellen sich die absoluten Zahlen dar. So erhöhten sich die lateinamerikanischen Einfuhren aus Europa zwischen 1990 und 1997 um 164%, die Europas aus Lateinamerika und der Karibik jedoch lediglich um 29%. Absolute Zahlen ergeben jedoch kein realistisches Bild des Stellenwerts Lateinamerikas im europäischen Außenhandel. Hierzu bedarf es vielmehr des Vergleichs mit anderen Regionen. Und dort sind die jüngsten Entwicklungen wenig ermutigend: So war nach Angaben von IRELA der europäisch-lateinamerikanische Handel volumenmäßig geringer als mit der Schweiz. Zwischen 1990 und 1997 sanken die lateinamerikanischen Exporte in die EU von 24% auf 13,5% der gesamten Ausfuhren; die Exporte in umgekehrte Richtung erhöhten sich sogar lediglich um 1,5%. Im selben Zeitraum sanken die lateinamerikanischen Importe aus Europa von 21% auf 16%, während die Importe aus den USA von 38% auf 42% anstiegen.

Bei den europäischen Direktinvestitionen ist – spiegelbildlich – eine vergleichbare Entwicklung auszumachen. Ihr Volumen erhöhte sich in den 90er Jahren im Vergleich zur Dekade zuvor um 300%; in den Jahren 1990 bis 1997 ist sogar eine Verzehnfachung des europäischen Unternehmerrangements auszumachen. Insgesamt belief sich der europäische Anteil für die Region auf 47,5%, womit Europa nach den USA auf Platz 2 rangiert. Dabei konzentriert sich ein Großteil der europäi-

schen Investitionen auf Südamerika und hier insbesondere auf den Mercosur (1990-1996: 56%). Von daher erklärt sich die starke Fokussierung des Interesses beider Seiten in Rio auf diese Subregion.

Das Gewicht des jeweiligen Partners in den Außenwirtschaftsbeziehungen gibt Aufschluß über Prioritätensetzungen und Erwartungen beider Seiten. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten begriffen den Gipfel primär als politisches Ereignis mit vorrangig politischen Inhalten. Regelmäßige Konsultationen in internationalen Angelegenheiten, transatlantischer Dialog, Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, Kampf gegen transnationale Kriminalität auf den Gebieten Drogenhandel, Terrorismus und Korruption waren hier die zentralen Stichworte. Der Gipfel sollte in erster Linie der Verabschiedung der im Vorfeld ausgehandelten Politischen Deklaration und des Aktionsplans dienen. Es ging den Europäern mithin in erster Linie um symbolische Politik mit einer gewissen Signalwirkung. Bei den lateinamerikanischen Partnern stand demgegenüber der Bereich Wirtschaft eindeutig im Vordergrund. Obwohl ihre hohen Erwartungen, insbesondere die der Cono Sur-Staaten, im Lauf der Gipfelvorbereitungen einen spürbaren Dämpfer erfuhren und auch bei ihnen das Schlagwort vom „Fototermin“ die Runde machte, waren sie nicht bereit, sich mit bloßen symbolischen Gesten zufrieden zu geben. Vor allem die Präsidenten Cardoso, Menem und Sanguinetti wurden nicht müde, den Agrarprotektionismus der EU anzuklagen und die Europäer an ihr Versprechen eines Verhandlungsmandats, wie es auch im EU-Mercosur-Rahmenabkommen vom Dezember 1995 niedergelegt war, zu erinnern. Andernfalls – so der gemeinsame Tenor – brauche man sich in Rio erst gar nicht zu treffen. Die Erwartungen aller lateinamerikanischer und karibischer Gipfelteilnehmer war unzweideutig auf den Bereich der Handelsliberalisierung, insbesondere im Agrarbereich, fokussiert, wobei die Erteilung des Verhandlungsmandats für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur in der Vorphase des Gipfels mehr und mehr zum Prüfstein für eine Neubelebung der biregionalen Beziehungen avancierte. Beide Seiten konnten sich vom Abschluß eines solchen Abkommens Vorteile ausrechnen: die Mercosur-Ökonomien erhöhte Devisengewinne vor allem im Agrarsektor, die Europäer im Industrie- und Dienstleistungsbe- reich, teilweise aber auch ergänzend im Agrarsektor.

Turbulenzen im Vorfeld: Stolperstein europäische Agrarpolitik

Noch wenige Tage vor dem Gipfel war keineswegs sicher, ob die Befüchtungen Menems und Cardosos, das Unternehmen würde den ganzen Aufwand nicht lohnen, bestätigt würden. Der Grund: Für die Kernaufgabe des Gipfels, den Startschuß zu geben für einen Freihandelsvertrag zwischen der EU und dem Mercosur, dem mit Abstand attraktivsten Integrationsgebilde in Lateinamerika, fehlten alle Voraussetzungen. 1998 hatte die Kommission unter starkem Druck Spaniens, dem an engeren Bindungen zwischen beiden Subkontinenten am stärksten interessierten EU-Mitgliedsland, für ein Freihandelsabkommen mit dem Mercosur plädiert. Frankreich jedoch, sekundiert von Italien und Irland, legten Widerspruch ein. Angesichts ihrer starken Agrarlobby hatten sie kein Interesse, den massiv geschützten europäischen Agrarmarkt für lateinamerikanische Konkurrenten zu öffnen. Damit verschwand das Unternehmen mehr und mehr von der Prioritätenliste der EU, was wiederum auf Mercosur-Seite, insbesondere bei Argentinien, dem größten Agrarexporteur der Subregion in die EU, zu Verärgerung und entsprechenden verbalen Protesten führte.

Eine Chance zum Abbau der EU-internen Differenzen bot die EU-Außenministertagung in Brüssel (31. Mai 1999). Hier warb die deutsche Seite (mit der stillschweigenden Unterstützung Spaniens) für einen von den Briten unterbreiteten Vermittlungsvorschlag, der auf eine „progressive und beiderseitige Liberalisierung des gesamten Handels mit Gütern und Dienstleistungen mit dem Ziel des Freihandels (abzielte, d.V.), dabei Rücksicht nehmend auf die Sensibilität bestimmter Produkte und Servicebereiche, in Übereinstimmung mit den Regeln der WTO“. Bei diesem Vorschlag, so die Überlegung, könne man im nächsten Jahr mit Gesprächen über weniger kontroverse Fragen wie: nicht-tarifäre Handelshemmnisse, Dienstleistungshandel und Hygienevorschriften etc. beginnen, sensiblere Materien aber solange zurückzustellen, bis erste Ergebnisse im Rahmen der Ende 1999 in Seattle startenden multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO vorlägen. Frankreich – so das weitere Kalkül der deutschen Präsidentschaft – könne mit diesem Kompromißvorschlag leben, da es sicher gehen könne, daß die Agrarverhandlungen nicht vor 2003 beginnen

würden und zudem der Zustimmung des EU-Ministerrats bedürften.

Ein weiteres Hindernis für ein klares Verhandlungsmandat stellte der „*last minute*“-Vorschlag der EU dar, daß ein Abkommen mit dem Mercosur, was den Agrarsektor betreffe, nicht weiter gehen dürfe als das, was im Rahmen der (im Ergebnis äußerst bescheidenen) Agrarreform „Agenda 2000“ auf dem Berliner EU-Gipfel im März dieses Jahres vereinbart wurde. Im Klartext lief dieser Vorschlag auf eine Neutralisierung jeglicher Vereinbarung hinaus.

Frankreich lehnte in Brüssel den Kompromißvorschlag kategorisch ab. Verhandlungen über Dienstleistungen und den Agrarsektor dürften nicht vor dem 1. Juli 2003 beginnen und nicht vor dem Ende der nächsten WTO-Runde ihren Abschluß finden. Großbritannien und Irland schlossen sich nunmehr dem Veto Frankreichs an, wobei man in Kommissionen allerdings davon ausging, daß beide Länder ihr Nein aufgeben würden, wenn Frankreich Flexibilität zeige. Der spanische Außenminister Ramón de Miguel betonte, es sei „kläglich, daß die EU ohne eine eindeutige politische Botschaft über die Verhandlungen nach Rio ginge“.

Eine weitere Chance für eine Einigung bot schließlich das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Köln am 4. und 5. Juni. Jedoch auch hier blieb die französische Position unverändert. Vor einer multilateralen Regelung des Agrarhandels in der WTO-Runde könne es kein Verhandlungsmandat geben. Argumentativ und mit Zahlen untermauert wurde die Veto-Position in einem in Brüssel zirkulierenden französischen Dokument. Danach wären bei einem Freihandelsabkommen EU-Mercosur gemäß den WTO-Regeln 90% des Handels einzubeziehen. Damit müßten auch die sensiblen Agrarprodukte einbezogen werden, zumal die Mercosurländer versuchen werden, möglichst viele Industriegüter außen vor zu lassen. Das Papier warnt außerdem, daß die Einfuhr billiger Agrarprodukte die Gemeinsame Agrarpolitik unterminieren würde, was es wiederum schwierig mache, diese Politik in der anstehenden WTO-Runde zu verteidigen. Schließlich seien 51% der argentinischen, 42% der uruguayischen und 25% der brasilianischen Exporte Agrarprodukte, was im Falle eines Freihandelsabkommens die Interessen der europäischen Landwirtschaft „ernsthaft beeinträchtigt“.

Im Abschlußkommuniqué des Kölner Gipfels tauchte die deutsche Kompromißformel,

„spätesten am 1. Dezember 2000“ mit den Verhandlungen über alle einschlägigen Fragen zu beginnen, nicht mehr auf. Frankreich hatte sich mit seiner Strategie des „*brinkmanship*“ durchgesetzt. Chirac verteidigte die protektionistischen Maßnahmen der EU auf dem Agrarsektor energisch und verwies auf die „großen Einbußen“, die sich für Frankreich in der Zuckerproduktion – es gehe um nicht weniger als eine Million Tonnen – und bei anderen landwirtschaftlichen Produkten durch zollgünstige Einfuhren aus lateinamerikanischen Ländern ergeben könnten. Sein Veto stand nicht nur in scharfem Gegensatz zu seinen eigenen Äußerungen auf seiner Lateinamerikareise zwei Jahre zuvor. Er riskierte auch, daß die Union – wie die spanische Tageszeitung „El País“ kritisch anmerkte – mit „leeren Händen“ nach Rio kam.

Schröders Vermittlungsversuch war aber nicht nur am Veto Frankreichs gescheitert, sondern auch an der fehlenden Unterstützung anderer Länder. So hatte sich Großbritannien schon vor Frankreich kritisch zu Zollverhandlungen mit den lateinamerikanischen Staaten geäußert – zum Schutz seiner privilegierten Beziehungen zu Neuseeland und Australien. Die spanische Regierung, die sich auf der deklaratorischen Ebene stets als Verteidiger lateinamerikanischer Interessen darzustellen verstand und auf dem Kölner Gipfel die widersprüchlichen Äußerungen Chiracs scharf angegriffen hatte, bedauerte zwar die Ablehnung Frankreichs, tat aber letztlich wenig, um die französische Regierung umzustimmen. Ein Brief Aznars an Blair, in dem der spanische Staatschef seinen britischen Kollegen um Unterstützung bat, blieb ohne greifbares Resultat. Das spanische Außenministerium zog daraus den pragmatischen Schluß, die EU müsse in Rio geschlossen auftreten; gegen den Widerspruch von Paris und London sei in der Union kein wichtiges Projekt durchzusetzen. Der „historische Gipfel“ – so das lakonische Resumé von „El País“ – drohte so schon vor seinem Beginn zum „historischen Fiasko“ zu werden.

Agenda, Verlauf und Dramaturgie des Gipfels

Bereits im Vorfeld war der erste europäisch-lateinamerikanische Gipfel als „historisches Ereignis“, als „bedeutendstes Treffen zwischen Europa und Lateinamerika seit der Eroberung (sic!) des Kontinents durch die Europäer im Jahr 1492“ – so ein hoher brasilianischer Diplomat – angekündigt worden. An der Zahl der Teilnehmer ge-

messen, traf dies auch durchaus zu: 13 von 15 europäischen Staats- und Regierungschefs (entschuldigt waren lediglich die Staatschefs Großbritanniens – wegen der Nordirland-Verhandlungen – und Irland) trafen sich mit 33 Kollegen aus Lateinamerika und der Karibik (hier fehlten lediglich die Staatschefs von Jamaica und Guatemala). In ihrer Begleitung waren mehr als 450 Regierungsfunktionäre und über 200 Journalisten aus aller Welt. Angesichts des Gerangels im Vorfeld und dem französischen Veto bezüglich des Verhandlungsmandats mit dem Mercosur waren die Erwartungen am Vorabend des Gipfels jedoch eher gedämpft. Einige Stimmen – unter ihnen der ehemalige argentinische Wirtschaftsminister Roberto Aleman – sprachen sich sogar dafür aus, den Gipfel angesichts der EU-Resistenz in der Agrarfrage zu boykottieren. Andere aber – und sie bildeten die Mehrheit – sahen im Zustandekommen des Gipfels schon an sich ein wichtiges politisches Signal, einen qualitativen Schritt in Richtung künftiger strategischer Partnerschaft. Keine Seite erwartete jedoch realistischerweise spektakuläre Resultate.

Thematisch ging es um drei Schwerpunktbereiche: den politischen Dialog, die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Erziehung, Kultur und menschliche Dimension. Zu jedem dieser Bereiche wurden Arbeitsgruppen gebildet, in die sich die Gipfelteilnehmer einschreiben konnten und die unter dem Vorsitz eines der drei Koordinatoren des Gipfels standen. So moderierte Schröder die Gruppe „Politischer Dialog“, Cardoso die Gruppe „Wirtschaftsbeziehungen“ und Zedillo die Gruppe „Erziehung, Kultur, menschliche Dimension“. Das Hauptinteresse der Teilnehmer konzentrierte sich auf die erste Gruppe und – mit Abstand – die zweite Gruppe, während der Bereich Erziehung/Kultur so gut wie kein Interesse auf sich zog.

Die EU hatte ihre Lateinamerika-Strategie für die Jahre 2000 bis 2005 im März in einem Grundsatzdokument niedergelegt. In ihm beruft sie sich auf die über Jahrzehnte gewachsenen Beziehungen zwischen beiden Subkontinenten, auf die gemeinsame Geschichte und Kultur und gemeinsame gesellschaftliche Wertvorstellungen: die Achtung der Menschenrechte, Marktwirtschaft und Solidarität. Ungeachtet ihres Interesses an einer künftigen „strategischen Partnerschaft“ mit ganz Lateinamerika und der Karibik spricht sich die Gemeinschaft für einen den Unterschiedlichkeiten der subregionalen Zusammenschlüsse und nationalen

Besonderheiten Rechnung tragenden, komplementären Kooperationsansatz aus, der sich am Prinzip symmetrischer und gleichberechtigter internationaler Beziehungen orientiert.

Die Vertreter des Mercosur hatten im Vorfeld des Gipfels vier Bedingungen für den Beginn konstruktiver Verhandlungen mit der EU formuliert: 1.) sollte kein wirtschaftlicher Sektor aus den Verhandlungen ausgeklammert werden; 2.) sollte der Vertrag nur Gültigkeit besitzen, wenn er als Gesamtpaket gebilligt wird; 3.) sollten seine Inhalte mit den Ergebnissen der im Dezember des Jahres anlaufenden WTO-Runde kompatibel sein; schließlich sollten 4.) die Verhandlungen nach dem Jahr 2003 – dies war die Bedingung der EU – aber vor 2005 abgeschlossen sein, d.h. dem Jahr, in dem auch der ALCA-Prozeß, d.h. die Verhandlungen über die Bildung einer panamerikanischen Freihandelszone, abgeschlossen sein sollten.

Der Verlauf des zweitägigen Gipfels wies eine strenge, schon lange im voraus zwischen beiden Seiten ausgehandelte Struktur auf. Der erste Tag (28. Juni.) war den Außenministern vorbehalten. Sie hatten die im Vorfeld von den Experten ausgearbeiteten Vorlagen für die Schlußdokumente abzusegnen. Diese wurde am Vormittag des zweiten Tages in Arbeitsgruppen diskutiert (besser: kommentiert), ohne jedoch modifiziert werden zu können. Anlaß zu (teilweise heftigen) Debatten lieferten dabei insbesondere die Politikmaterien Handelsliberalisierung, Kontrolle der internationalen Kapitaltransfers, das europäische Insistieren auf der Respektierung der Menschenrechte, insbesondere von Minderheiten, sowie das US-Embargo gegen Kuba.

Parallel zu dem Außenministertreffen kam es am ersten Tag zu einem Mini-Gipfel zwischen der EU und den Mercosur-Vertretern zum Thema Freihandelszone. Im Mittelpunkt des zweiten Tages (29. Juni) stand das eigentliche Gipfeltreffen mit der Präsenz aller 48 Staats- und Regierungschefs, wobei neben den drei mit dem Gipfel-Vorsitz betrauten Staats- und Regierungschefs Schröder (EU-Präsidentschaft), Cardoso (Gastgeber) und Zedillo (Vorsitz der Rio-Gruppe) insbesondere die Staats- und Regierungschefs Kubas (Castro), Venezuelas (Chávez), Argentinien (Menem) und Chiles (Frey) sowie auf europäischer Seite die Staatschefs Frankreichs (Chirac) und Spaniens (Aznar) im Zentrum des politischen und journalistischen Interesses standen – und dies jeweils aus höchst unterschiedlichen Motiven. Die Vertreter des Andenraums, Zentralamerikas und

der Karibik hielten sich – von den genannten Ausnahmen abgesehen – eher im Hintergrund. Alle Gipfelteilnehmer nutzten am Rande des offiziellen Geschehens die Gelegenheit zu zahlreichen bilateralen Kontakten. So traf sich Aznar mit Castro zur Abstimmung über den bevorstehenden iberamerikanischen Gipfel in Havanna; Frey konferierte ebenfalls mit Aznar über die die beiderseitigen Beziehungen belastende Pinochet-Affäre; Chirac versuchte in Gesprächen mit Frey, Cardoso und anderen, sich vom Vorwurf des Bremsers in Sachen Handelsliberalisierung zu befreien.

Cardoso eröffnete als Gastgeber den Gipfel mit einem Aufruf zu einer „solidarischen Globalisierung“. Die Globalisierung müsse „für alle gelten“, sie dürfe „nicht ein Geschenk für die Reichen und Entbehrung für die Armen bedeuten“. Cardoso rief die EU auf, sich bei der Suche nach einer gerechteren internationalen Ordnung „ohne Wohlstands- oder Machtmonopole“ Lateinamerika und der Karibik anzuschließen. Schröder bezeichnete in seiner Funktion als EU-Ratspräsident den Gipfel als „historisch“ und betonte, die EU wolle starke Partner und unterstütze deshalb die Integrationspläne in Lateinamerika. Zedillo hob insbesondere auf die noch ungelösten sozialen Probleme in der Region ab. Alle drei Staatschefs stellten in ihren Eröffnungsreden vor allem auf die Asymmetrien im Bereich der internationalen Finanz- und Handelsströme ab und plädierten für mehr Marktöffnung, Reziprozität, fiskalische und soziale Verantwortlichkeit und Solidarität.

Die „Erklärung“ und der „Aktionsplan“

Zum Abschluß ihres Gipfeltreffens verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs eine „**Erklärung von Rio**“ und in deren Anhang einen gemeinsamen „**Aktionsplan**“. Beide Dokumente waren schon vor Beginn des Gipfels ausgearbeitet worden.

Die 10seitige „Erklärung“ weist 69 Unterpunkte auf, strukturiert nach den drei Schwerpunktfeldern Politik, Wirtschaft und Kultur; der 9seitige „Aktionsplan“ 55 Unterpunkte. Beide Dokumente enthalten eine Reihe sehr allgemein gehaltener Absichtserklärungen zu den Feldern Freihandel, organisierte Kriminalität, Demokratie, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung/Umweltschutz. In ihrer „Erklärung“ heben die Staats- und Regierungschefs die Bedeutung hervor, die der Welthandelsorganisation WTO als wichtigstem Forum zur Handelsliberalisierung

zukomme. Sie verpflichten sich, die Ergebnisse der Uruguay-Runde vollständig zu verwirklichen. Weiter wollen die Gipfelstaaten die nationalen Finanzsysteme stärken und Überwachungssysteme zur Krisenprävention entwickeln sowie sich aktiv an Gesprächen über eine Reform des internationalen Finanzsystems beteiligen. Auch sollen der Technologie- und Wissenstransfer gefördert, der Dialog zwischen Unternehmern ausgeweitet, geistige Eigentumsrechte geschützt und ein günstiges Investitionsklima vor allem für kleine und mittlere Unternehmen geschaffen werden. Zudem wird ein stärkeres Engagement der Europäischen Investitionsbank (EIB) bei der Förderung von Gemeinschaftsunternehmen angeregt. Auch sollen den hochverschuldeten Ländern günstige Finanzierungsmöglichkeiten angeboten werden. Angesichts des in den letzten Jahren enorm angestiegenen Schuldenbergs vieler lateinamerikanischer und karibischer Staaten dürfte diese Absichtserklärung den Verantwortlichen in Brüssel noch erhebliches Kopfzerbrechen bereiten. Lobend erwähnt wird in diesem Zusammenhang die auf dem Kölner G7-Gipfel beschlossene Schuldenerleichterung. Im gemeinsamen **Aktionsplan** werden diese Absichten im einzelnen konkretisiert.

Das Verhandlungsmandat EU–Mercosur: „light“ bis „superlight“ – aber alle Beteiligten sind zufrieden

Das konkreteste Ergebnis des Gipfels wurde schon vor seiner Eröffnung erzielt. Die EU und die Staatengemeinschaft Mercosur sowie dessen assoziierter Partner Chile vereinbarten eine Beschleunigung der angestrebten Handelsintegration. „Gespräche“ über die Agenda und den Zeitplan der Verhandlungen sowie über nichttarifäre Fragen sollen im November dieses Jahres, d.h. zeitgleich mit dem Start der nächsten WTO-Runde, beginnen, Zollverhandlungen am 1. Juli 2001. Insgesamt blieben die Zeitangaben jedoch vage: Weder der Beginn, noch das Ende der Verhandlungen über die Bildung einer Freihandelszone wurden eindeutig terminiert. Was zunächst als Verhandlungsaufforderung eines südamerikanischen Blocks an die Adresse der EU begann, mit festen Daten und präzisen Zielen und Inhalten, endete in Rio mit einem zeitlich flexiblen, in der Zielbestimmung vageren Liberalisierungskonzept (vom argentinischen Außenminister Di Tella als „*light o superlight*“ charakterisiert). Beide Seiten wollten Flexibilität und eine Synchronisation mit

den ALCA- und WTO-Verhandlungen gewahrt wissen. Die europäische Seite hatte das Interesse, den Freihandelswettbewerb mit den USA nicht zu verlieren, den Lateinamerikanern (und hier vor allem Brasilien) ging es darum, Zeit zu gewinnen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Nach den Vorstellungen Cardosos sollten die Freihandelsverträge mit der EU und mit den USA möglichst parallel abgeschlossen werden.

Da der ALCA-Prozeß im US-Kongreß blockiert und der WTO-Prozeß nach den Erfahrungen der Uruguay-Runde nur schwer zeitlich abzuschätzen war, hatte der Verzicht auf präzise Zeitangaben durchaus seine Logik, wenngleich das davon ausgehende politische Signal eher negativ war. Beide Seiten interpretierten die verschiedenen Liberalisierungsrunden (EU-Lateinamerika; ALCA, WTO-Runde) auf der deklaratorischen Ebene als komplementär, wenngleich in Wirklichkeit nicht zu übersehen war, daß die USA und die EU sich auf dem lateinamerikanischen Markt durchaus als Konkurrenten verstanden und lateinamerikanische Staats- und Regierungschefs es wiederholt geschickt verstanden, beide Seiten gegeneinander auszuspielen und vor allem an die Adresse der zögerlichen Europäer mit der verstärkten Hinwendung zu den USA zu drohen. Wichtig für die Mercosur-Staaten war auch, daß die Erklärung ausdrücklich den Einschluß aller Produkte und Sektoren in die Verhandlungen hervorhob.

Was das Verhältnis zu den USA betraf, so hatten beide Seiten offensichtlich ein Interesse daran, den Gipfel und seine Ergebnisse gegenüber dem nordamerikanischen Partner herunterzuspielen. Ein Zeichen dafür war, daß es dem kubanischen Staatschef Fidel Castro nicht gelungen war, in der Schlußdeklaration einen einschlägigen Passus zur Verurteilung des Helms-Burton-Gesetzes (der juristischen Grundlage für die nordamerikanische Blockade-Politik gegenüber Kuba) zu verankern, in dem die USA namentlich genannt wurden.

Bezeichnend für das eher verhaltene Engagement der europäischen Seite und für die Befürchtungen der lateinamerikanischen Partner war auch, daß die Abschlußdokumente den Begriff Freihandelszone (*zona, área*) nicht erwähnten. In einem solchen Fall müßten nach den GATT-Regeln 90% der Produkte in das Liberalisierungsregime einbezogen sein. Beide Seiten wollten sich darauf nicht festlegen, die Europäer wegen ihrer sensiblen Agrarprodukte, die Lateinamerikaner wegen bestimmter Industriegüter, die sie von den

allgemeinen Bestimmungen des Abkommens ausgenommen wissen wollten.

„Ereignis von historischem Rang“ oder ein „Gipfel der Heuchelei“? – eine vorläufige Bilanz

Hat der Gipfel die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt und einen qualitativen Fortschritt in Richtung einer strategischen Partnerschaft gebracht? War er ein „Ereignis von historischem Rang“ oder – im Gegenteil – ein „Gipfel der Heuchelei“? Die Antworten darauf differieren erheblich, je nach regionaler, politischer und beruflich-professioneller Verankerung, Interpretation der historischen Entwicklung und des Ist-Zustands der Beziehungen. Sicher ist, daß die zitierten Extrembewertungen einer nüchternen Überprüfung nicht standhalten.

- 1.) Der Gipfel war als erste biregionale Veranstaltung dieser Art und als Antwort auf die panamerikanischen und iberoamerikanischen Gipfel der letzten Jahre ein aus politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und psychologischen Gründen notwendiges und sinnvolles Ereignis. Obwohl im Zentrum des Interesses wirtschaftliche, vor allem handelspolitische Fragen standen, war die eigentliche Botschaft politischer Natur. Deklaration und Aktionsplan sind so in erster Linie zu verstehen als ein politisches Signal mit erheblicher symbolischer Bedeutung. Letzterer war allerdings weniger eine Handlungsanleitung, vielmehr eine Präzisierung der in der Deklaration formulierten Absichtserklärungen. So war es kein Zufall, daß die Formulierung nicht Aktionsplan („*plan de acción*“), sondern Prioritäten für gemeinsames Handeln („*prioridades para la acción conjunta*“) lautete.
- 2.) Mit dem Gipfel wurde ein politisches Vakuum gefüllt, das Beziehungsklima merklich gebessert und die Chance genutzt, voneinander zu lernen, Informationsdefizite und Vorurteile abzubauen und sich in zahlreichen bilateralen Gesprächen im Rahmen und am Rande des Gipfels besser kennenzulernen. Ob die Absichtsbekundungen der Erklärung und des Aktionsplans mittelfristig zu konkreten Fortschritten führen werden, hängt weniger von den Staats- und Regierungschefs ab als von denen, die in den kommenden Jahren auf der operativen Ebene die Verhandlungen führen werden. Es war gerade diese mittlere Ebene, auf der – wie es ein beteiligter deutscher Diplomat

ausdrückte – während des Gipfel-Treffens „die Chemie stimmte“.

- 3.) Wer substantielle Fortschritte im Bereich der Handelsliberalisierung, insbesondere zwischen der EU und dem Mercosur, erwartet hatte, mußte enttäuscht werden, ging allerdings auch von falschen Annahmen aus. Das europäisch-lateinamerikanische Spitzentreffen war nämlich kein Verhandlungsgipfel, schon gar nicht in Handelsfragen. Seine Ergebnisse (Deklaration und Aktionsplan) konnten nur das wiedergeben, worauf man sich im Vorfeld politisch und materiell geeinigt bzw. nicht geeinigt hatte. Für Handelsfragen waren andere Institutionen (Mercosur, WTO etc.) zuständig.

- 4.) Das vom Gipfel bestätigte, jedoch bereits im Vorfeld – wenn auch in letzter Minute – zustandegewordene Verhandlungsmandat wurde von vielen als zu bescheidenes Ergebnis empfunden: Es sei zu vage, ohne präzise zeitliche Festlegungen, die ursprünglichen Ziele seien verwässert, durch die Bindung an den WTO-Prozeß und den Zustimmungsvorbehalt des Europäischen Rats habe man sich jeglichen Spielraums beraubt. In Wirklichkeit können jedoch beide Seiten mit dem Kompromiß leben. Er entspricht dem (aus unterschiedlichen Motiven gespeisten) Wunsch beider(!) Seiten, Zeit zu gewinnen, auf seiten der EU wegen der unmittelbar bevorstehenden (und Priorität genießenden) WTO-Runde, des gerade erst begonnenen politischen Reformprozesses der EU-Institutionen, der auf den Weg gebrachten Osterweiterung, der Strukturprobleme der nationalen Ökonomien sowie des Kosovo-Krieges und seiner wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen; auf seiten der lateinamerikanischen Partner wegen ihres Wunsches, den Entwicklungs- und Wettbewerbsrückstand ihrer Ökonomien abzubauen und zu vermeiden, gleichzeitig in drei unkonzertierte handelspolitische Regelwerke (EU–Mercosur, ALCA, WTO) eingebunden zu werden.

- 5.) Die „Substanz“ des Gipfels lag weniger im Wirtschaftlichen, als im Politischen und hier vor allem in Materien, die eher als „soft“ gelten und (deshalb) in der Medienberichterstattung über den Gipfel eher unterbelichtet blieben. So finden sich in den beiden Schlußdokumenten Passagen über Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Zivilgesellschaft und Umwelt, die bezüglich ihres handlungsanleitenden Charakters über die Aussagen vergleichbarer internationaler Dokumente (z.B. die Charta von Paris der OSZE) eindeutig

hinausgehen – Ausdruck eines spürbaren Sensibilitätszuwachs.

- 6.) Beide Seiten machten Konzessionen. Die Europäer mußten akzeptieren, daß alle Produkte und Sektoren, d.h. auch der Agrarsektor, in den Verhandlungsprozeß einbezogen werden. Frankreich rang sich (vor allem auf brasilianischen Druck) schließlich zu mehr Flexibilität in Sachen Handelsliberalisierung durch, ohne dabei allerdings wesentliche substantielle Zugeständnisse zu machen, ein Umstand, den mancher seiner europäischen Partner – trotz lautstarker Freihandelsrhetorik – durchaus mit Erleichterung zur Kenntnis nahm. Die Mercosur-Staaten rückten von ihren überhöhten Erwartungen an den Gipfel-Prozeß ab und sahen mehrheitlich bereits in diesem bloßen Zustandekommen einen Fortschritt und eine Aufwertung ihrer Position als kollektiver Akteur in der internationalen Arena.

- 7.) Wichtiger und mittelfristig wirksamer als der offizielle Part auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, auf den sich naturgemäß das Interesse der Medien konzentrierte, war der intraregionale Abstimmungsprozeß auf beiden Seiten in den Monaten vor dem Gipfel und die biregionale Konsensfindungsarbeit auf der operativen Ebene in den Tagen unmittelbar vor dem Treffen. Das intraregionale Bemühen um eine abgestimmte Verhandlungsposition war auf beiden Seiten außerordentlich mühsam und für die lateinamerikanischen und karibischen Partner in dieser Form auch ungewohnt. Dabei war die „*geometría variable*“ auf lateinamerikanisch/ karibischer Seite ohne Zweifel größer als in der EU – und dies nicht nur, weil der Subkontinent südlich des Rio Grande die zweieinhalbfache Zahl von Staaten umfaßte. Karibische und lateinamerikanische Staaten waren es bislang gewohnt, eher neben- als miteinander aufzutreten und ihre Positionen abzustecken. Im Vorfeld des Gipfels sahen sie sich nun gezwungen, sich zusammenzurufen und auf gemeinsame Positionen zu verständigen. Damit bot sich ihnen mit dem Gipfel zum ersten Mal eine Plattform, um die von europäischer Seite seit Jahren erhobene Forderung – das Sprechen „mit einer Stimme“ – einzulösen. Unter den Lateinamerikanern kam vor allem dem Tandem Brasilien – Mexiko eine wichtige, den Konzertierungsdruck verstärkende Funktion zu, vergleichbar der Rolle, die beide Staaten bereits in den 80er Jahren im Contadora-Friedensprozeß gespielt hatten.

• 8.) Außenpolitische Experten beider Seiten erarbeiteten im unmittelbaren Vorfeld des Gipfels in einem zähen Ringen um konsensfähige Formulierungen die endgültigen Textvorlagen für die beiden Abschlußdokumente. Eine derartige intensive Zusammenarbeit hatte es bislang auf der operativen Ebene noch nicht gegeben. Der vom Konferenz-*timing* diktierte Zwang, in nur zwei Tagen (am 25. und 26. Juni) ein konsensfähiges Produkt zu liefern, dem die 48 anwesenden Staats- und Regierungschefs am 29. Juni zustimmen konnten, wurde offensichtlich von der Mehrzahl der Delegierten als eine Chance begriffen, sich besser kennenzulernen und auf gemeinsame Positionen einzustimmen. Daß es dabei teilweise zu bloßen Formelkompromissen kam, war ebenso unvermeidlich wie die Tatsache, daß es bei dem einen oder anderen sensiblen Thema auch „Verlierer“ gab. So wollte die mexikanische Delegation (wegen des Chiapas-Konflikts) die Passa-

gen über die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte abgeschwächt wissen. Sie konnte sich damit aber ebenso wenig durchsetzen wie Kuba mit seinem Versuch, eine klare Verurteilung des Helms-Burton-Gesetzes im Schlußtext zu verankern (wobei dies pikanterweise nicht am Veto der europäischen Delegierten, sondern dem einiger lateinamerikanischer Staaten lag). Auch die einschlägigen Passagen über nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz gingen einigen Delegationen zu weit. Der Preis für den mehrheitlichen Konsens war, daß auch der „Aktionsplan“ über die Absichtserklärungen der „Erklärung“ kaum hinausging. Ob dieser Mangel an Konkretisierung (und wechselseitiger Verpflichtung) die bevorstehenden EU-Mercosur-Verhandlungen belasten und den weiteren Ausbau der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen zu einer strategischen Partnerschaft beeinträchtigen wird, muß abgewartet werden.

Bisher erschienene Ausgaben:

- Nr. 0-98: Die Wahlen in Brasilien: Kontinuität mit Korrekturen?
- Nr. 1-99: Politischer Umbruch in Venezuela. Der Wahlsieg von Hugo Chávez und seine Folgen
- Nr. 2-99: Zentralamerika nach Hurrikan Mitch (I)
- Nr. 3-99: Cardosos zweite Amtszeit im Zeichen der globalen Krise. Politische Herausforderungen
- Nr. 4-99: Zentralamerika nach Hurrikan Mitch (II)
- Nr. 5-99: Cardosos zweite Amtszeit im Zeichen der globalen Krise. Ökonomische Herausforderungen
- Nr. 6-99: Guatemala: Erinnerung an das Schweigen – die Schwierigkeiten der Vergangenheitsbewältigung
- Nr. 7-99: Gehört Lateinamerika zu den Verlierern im Prozeß wirtschaftlicher Globalisierung?
- Nr. 8-99: Das mexikanisch-europäische Handelsabkommen, die indianischen Aufstandsbewegungen und die Menschenrechtsfrage
- Nr. 9-99: Der MERCOSUR in der Krise?
- Nr. 10-99: Kuba 1999: Zwischen Repression und Agonie
- Nr. 11-99: Regionalisierung statt Globalisierung? Der amerikanische Kontinent wächst zusammen
- Nr. 12-99: Politik in Zentralamerika zwischen Apathie und Klientelismus
- Nr. 13-99: Internet in Lateinamerika. Zwischen e-commerce und angepaßter Nutzung

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IHK) in Hamburg herausgegeben. Das IHK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IHK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Schriftleitung: Detlef Nolte; Redaktion dieser Ausgabe: Susanne Gratius; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IHK>